



## ***Vielfalt fördern - Innovationspotenzial wahren***

Thesenpapier zur Grünen Gentechnik

Oktober 2002

## **I. Vorbemerkungen**

- Wundermittel oder „Teufelszeug“? In der öffentlichen Meinung und der politischen Auseinandersetzung bleibt die Grüne Gentechnik ein umstrittenes Thema. Die sehr unterschiedlichen Einschätzungen basieren zum großen Teil entweder auf unterschiedlichen Wertvorstellungen, ethischen Bedenken, emotionalen Aspekten oder Unsicherheit. Mitglieder der Lebensmittelkette und Arbeitnehmer haben im Folgenden ein Thesenpapier erstellt, welches die wichtigsten Fakten und Erkenntnisse in kompakter, allgemein verständlicher Form zusammenfasst.
- Die nachstehenden Ausführungen sind als Hintergrund für Meinungsbildner, Entscheidungsträger, Journalisten und interessierte Laien gedacht. Sie sollen sich anhand dieses Papiers einen Überblick über die derzeitigen Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes der Gentechnik sowie über die sich daraus ergebenden Fragestellungen verschaffen können.
- Eine wichtige Bemerkung vorweg: Die unterzeichnenden Organisationen sind gegen ein pauschales Ja oder Nein zum Einsatz der Gentechnik. Sie plädieren vielmehr dafür, jeden Einsatz Grüner Gentechnik im Einzelfall zu betrachten und lösungsorientiert zu bewerten. Dabei sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Grüne Gentechnik weltweite Realität ist. Die Frage für Deutschland ist, wie wir als Gesellschaft mit dieser Tatsache umgehen, und den Einsatz der Grünen Gentechnik auch hierzulande gestalten. Die Darstellung unserer gemeinsamen Position zum Thema Koexistenz erscheint uns besonders hervorhebenswert, weil sie ein Nebeneinander aller verfügbaren Produktionsprozesse beschreibt und damit Wahlfreiheit ermöglicht.
- Stichwort Wahlfreiheit: Sie betrifft sowohl die Verbraucher als auch die Wirtschaft. Entscheidend für die Wahlfreiheit des Verbrauchers ist, dass gentechnisch veränderte Produkte gekennzeichnet ins Warenregal gelangen, dann kann der Verbraucher frei entscheiden. Allerdings sind der Wahlfreiheit letztendlich auch Grenzen gesetzt. Zum einen kann eine Kennzeichnung nur soweit Wahlfreiheit sichern, als sie praktikabel und kontrollierbar ist. Zum anderen können sich auch bei gentechnisch nicht veränderten Produkten immer unbeabsichtigte und unvermeidbare Spuren von Gentechnik finden. Wahlfreiheit ist aber auch für die Wirtschaft z. Z. nicht vollständig gegeben, denn einerseits ist ein international gehandeltes Produkt wie die Sojabohne ohne Gentechnik kaum mehr zu erhalten, andererseits ist es der europäischen Wirtschaft quasi verwehrt, gentechnisch veränderte Produkte zu produzieren.

## **II. Grüne Gentechnik zwischen Verbraucherskepsis und internationaler Wettbewerbsfähigkeit – fünf Thesen**

### **1. Grüne Gentechnik wird - auf Basis vorangegangener intensiver Forschungsarbeiten - bereits in vielen Teilen der Welt in der agrarischen Rohstoff- und Lebensmittelherstellung angewandt.**

- Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen wird in vielen Teilen der Welt seit langem erfolgreich praktiziert. Allein im Jahr 2001 wurden weltweit mehr als 52 Mio. Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche mit diesen Pflanzen bestellt. Das ist etwa das Dreifache der gesamten deutschen Ackerfläche. Der Anbau der neuen Sorten erfolgt bei weitem nicht nur in den Industriestaaten: Mehr als ein Viertel der Fläche entfiel auf Entwicklungs- und Schwellenländer wie Argentinien und China. Positive Erfahrungen gibt es auch in Südafrika oder Indonesien. Von den 5,5 Mio. Landwirten, die im Jahr 2001 transgenes Saatgut einsetzten, waren mehr als zwei Drittel einfache Kleinbauern, die in China und Südafrika gentechnisch veränderte (sog. Bt-)Baumwolle kultivierten.
- Die Grüne Gentechnik ist auch bei uns längst Realität: Nach Angaben des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) kommen schätzungsweise 60 bis 70 Prozent der Lebensmittel in Deutschland auf unterschiedlichste Art und Weise mit der Gentechnik in Berührung. Hier schlägt auch die hohe Importquote bestimmter Waren zu Buche: So liegt die Selbstversorgungsrate der EU für eiweißhaltige Futtermittel bei nur 35 Prozent, während 65 Prozent - über 40 Mio. t - aus dem Ausland, v. a. aus den USA, Brasilien und Argentinien eingeführt werden. Diese Soja-Importe der EU, die auch in Lebensmitteln z. B. als Sojaöl verarbeitet werden, enthalten fast ausnahmslos Anteile gentechnisch veränderter Pflanzen. Ein Verzicht auf diese Einfuhren würde zu einer dramatischen Versorgungslücke führen und ist daher unrealistisch. Tatsache ist auch, dass einige Zusatzstoffe und Enzyme aus gentechnischer Produktion stammen. Sie sind übrigens in ihrer Zusammensetzung identisch mit denen aus herkömmlicher Produktion.
- Niemand behauptet ernsthaft, die Grüne Gentechnik sei ein „Allheilmittel“. Fest steht aber: Die Nutzung der Grünen Gentechnik im Rahmen der Pflanzenzüchtung bietet für die Landwirtschaft eine Reihe von Vorteilen. Die Hauptchancen liegen derzeit noch in der Entwicklung von krankheits- und schädlingsresistenten Pflanzen. Grüne Gentechnik trägt schon heute zur Versorgungssicherheit, aber auch zum Umweltschutz bei: Denn je

widerstandsfähiger eine Pflanze ist, desto weniger bedarf es des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und anderen Ressourcen.

- Grüne Gentechnik leistet einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit („sustainability“): Sie kann in vielen Regionen der Welt, auch in Entwicklungs- und Schwellenländern, eine sichere, effiziente landwirtschaftliche Produktion und Versorgung mit Lebensmitteln fördern. Durch die höhere Produktivität auf den vorhandenen Nutzflächen kann z. B. die Abholzung der Wildnisgebiete eingeschränkt werden. (Beispiele für Gentechnik-Projekte zur Ernährungssicherung auf der Südhalbkugel finden sich unter [www.isaaa.org](http://www.isaaa.org).)
- Auch für den Verbraucher wird die Grüne Gentechnik in Zukunft direkte Vorteile bringen: So könnten auf Basis gentechnischer Verfahren Lebensmittel verfügbar werden, die ein besonders günstiges Verhältnis bestimmter qualitativer Inhaltsstoffe aufweisen oder - beispielhaft - weniger Allergene enthalten.
- Verfahren der Grünen Gentechnik werden bereits seit über zwanzig Jahren wissenschaftlich untersucht und ständig weiterentwickelt. Allein die Europäische Union hat seit 1985 rund 70 Mio. € für 81 Projekte der Sicherheitsforschung in diesem Bereich investiert. Das wichtigste, elementare Ergebnis dieser kontinuierlichen Forschung lautet: Im Rahmen der bestehenden Bewertungs- und Genehmigungspraxis ist die Anwendung der Grünen Gentechnik für die menschliche Gesundheit und die Umwelt sicher und stellt kein zusätzliches oder unkalkulierbares Risiko dar. Auch die OECD hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Anwendung der Grünen Gentechnik keine substanziell andere Folgen mit sich bringt, verglichen mit klassischen Verfahren.
- Trotz der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der umfangreichen Anbaupraxis im Ausland standen die Deutschen dem Einsatz der Gentechnik in der Lebensmittelverarbeitung bislang eher skeptisch gegenüber. Allerdings scheint sich allmählich eine Trendwende abzuzeichnen. So zeigt die letzte, im Juni 2002 im Auftrag der Bundesregierung veröffentlichte Allensbach-Umfrage, dass die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber einer verantwortungsbewussten Nutzung der Grünen Gentechnik zunimmt. Der repräsentativen Umfrage zufolge sind 46 Prozent der Bevölkerung dafür, Pflanzen mit Hilfe der Gentechnik gegen Schädlinge und Krankheiten immun zu machen. Gut zwei Drittel der Befragten unterstützen den Einsatz der Gentechnik, wenn dadurch Pflanzen entwickelt werden, die in kargen Gegenden der Dritten Welt gedeihen können. Unbestritten dabei ist, dass für alle Verbraucher - gleich, ob im Ausland oder in Deutschland - ein Recht auf Wahlfreiheit zwischen Produkten, die gentechnisch veränderte Bestandteile enthalten, und konventionellen Produkten - soweit praktikabel - gewährleistet sein muss.

## **2. Grüne Gentechnik trägt zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland bei.**

- Die Lebenswissenschaften und mit ihr die Biotechnologie gelten als Schlüsseltechnologien der Zukunft. Die Grüne Gentechnik wiederum gehört zu den vielversprechendsten Anwendungen in der Biotechnologie. Prognosen für den europäischen Biotechnologiemarkt sind vielversprechend. Um dieses Marktpotenzial ausschöpfen zu können, ist es notwendig, dass Deutschland und die gesamte Europäische Union ihren Einfluss auf die Entwicklung dieser Technologie und ihren Einsatz nicht verlieren: Deutschland muss ein attraktiver Standort für die gesamte Lebensmittelkette bleiben. Die Lebensmittelkette spannt sich von der Pflanzenzüchtung über die landwirtschaftliche Produktion und die Verarbeitung der Lebensmittel bis zu ihrer Vermarktung über den Handel – also buchstäblich „vom Acker bis zum Teller“. Die Wirtschaft muss die Chance erhalten, Grüne Gentechnik zu fairen Bedingungen einsetzen und ihre Produkte vermarkten zu können.
- Dabei geht es auch – und nicht zuletzt – um Arbeitsplätze: Bereits heute arbeiten viele Menschen in der Grünen Gentechnik – in großen, internationalen Konzernen ebenso wie in kleinen und mittelständischen Saatzuchtunternehmen. Ziel muss es sein, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe durch adäquate Rahmenbedingungen und die nötige Rechtssicherheit zu stärken. Nur dann können qualifizierte Arbeitsplätze in diesem Bereich erhalten und geschaffen werden.
- Deutschland und die EU sind integraler Bestandteil des Welthandelssystems. Ein Ausklinken aus oder Abschotten von den Handels- und Warenströmen führte zum Verlust von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand und stellt deshalb keine realistische Option dar. Innerhalb des Welthandelssystems kann der Handel oder Import bestimmter Güter nur dann verboten werden, wenn eine gesundheitliche Gefährdung eindeutig nachgewiesen ist bzw. ein wissenschaftlich begründeter Verdacht für eine solche besteht, der innerhalb bestimmter Fristen belegt werden muss. Ein einseitiges, willkürliches Verbot Grüner Gentechnik liefe diesen Regeln offenkundig zuwider.

### **3. Grüne Gentechnik braucht Planungssicherheit und verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen.**

- Die politischen Signale – ganz egal, ob aus Berlin oder aus Brüssel - sind kontrovers: Einerseits wird biotechnologische Forschung nicht nur gewünscht, sondern auch gefördert (vgl. dazu auch Kapitel III, erster Absatz). Andererseits wird die Umsetzung ihrer Ergebnisse, z. B. die Markteinführung von Produkten, kategorisch erschwert oder sogar verhindert.
- So besteht das von einigen Mitgliedstaaten 1998 ausgerufene und seither von der EU-Kommission mehrfach ausdrücklich als rechtswidrig bezeichnete de facto-Moratorium auch heute noch fort. Durch eine umstrittene Rechtsauffassung der Bundesregierung wurde im Juli 2002 das Sortenzulassungsverfahren für einen gentechnisch veränderten Mais blockiert. Bereits im Februar 2000 hatte die Bundesregierung die Sortenzulassung eines EU-weit genehmigten Bt-Mais in Deutschland verhindert.
- Der Rechtsrahmen für den Einsatz Grüner Gentechnik in Deutschland und der EU ist umfassend. Gleichwohl besteht in einem zentralen Bereich, den Schwellenwerten, eine Regelungslücke. Benötigt werden generelle, verbindliche und praktikable Schwellenwerte, die festlegen, ab welchen Mengen an gentechnisch veränderten Bestandteilen Saatgut sowie Lebens- und Futtermittel gekennzeichnet werden müssen. Die aus dem Fehlen solcher Schwellenwerte resultierende Rechtsunsicherheit für die Hersteller, aber auch für den Handel ist offenkundig.
- So kann es nicht weitergehen: Alle an der Warenkette Beteiligten - Forschung und Wissenschaft, Saatzucht, Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel, Gewerkschaften und Verbraucher - haben Anspruch auf klare, verlässliche Regeln, die Planungssicherheit schaffen und an denen Erwartungen und Planungen ausgerichtet werden können. Derzeit agieren viele Unternehmen und Landwirte in einer Situation zunehmender Rechtsunsicherheit und tragen hohe und existenzgefährdende wirtschaftliche Risiken. Durch die beschriebene Regelungslücke steht der Nutzen von Investitionen in Forschung und Entwicklung in Frage.

- Grundlage der Gesetzgebung müssen wissenschaftliche Forschungsergebnisse sein. Der Gesetzgeber kann und muss sich bei der Schaffung von Rahmenbedingungen auf objektiv ermittelte, überprüfbare Fakten stützen. Dies schafft Transparenz und sichert die Akzeptanz der Verbraucher. Für bereits bestehende Gesetze gilt, dass sie auch konsequent angewandt werden müssen. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen sind auf diese Form der Rechtssicherheit existenziell angewiesen. Sie müssen sich auf die Politik verlassen können. Erst wenn dies gewährleistet ist, werden sie bereit sein, zu investieren und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.
- Die gesetzlichen Regelungen der Grünen Gentechnik müssen sich an den Praxisbedingungen für die herkömmliche Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion orientieren. Kennzeichnungsregeln müssen konsequent, nachvollziehbar, praktikabel und allgemein verständlich sein. Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln werden insofern als ein Modell verstanden, das noch weitere intensive Diskussionen erfordert. Dies gilt vor allem für Fragen der Praktikabilität und der Kontrollierbarkeit der vorgeschlagenen Systeme.

**4. Durch Koexistenz verschiedener Anbaumethoden und durch Wahlfreiheit kann die Akzeptanz der Verbraucher erhöht werden.**

- In der Landwirtschaft sollten ökologische, konventionelle und gentechnisch basierte Anbaumethoden nebeneinander bestehen und sich entwickeln können. Ziel ist ein sinnvolles Neben- und Miteinander aller Anbauverfahren – aber gerade dafür sind nachvollziehbare Regelungen erforderlich.
- Völlig falsch wäre es, die einzelnen Anbauverfahren gegeneinander auszuspielen. Stattdessen sollte nach Ergänzungspotenzialen gesucht werden. So wäre beispielsweise der Einsatz von ökologisch bedenklichen Kupferspritzmitteln zur Bekämpfung der Kraut- und Knollenfäule im biologisch orientierten Kartoffelanbau verzichtbar, wenn auf Kartoffelsorten zurückgegriffen würde, die infolge gentechnischer Veränderung gegen diese Pilzkrankheit resistent sind.
- Bei allen Unterschieden in den Methoden: Ökologischer Landbau, integrierte Landwirtschaft und Grüne Gentechnik verfolgen gleiche Ziele: So streben alle eine möglichst umwelt- und ressourcenschonende landwirtschaftliche Produktion an.
- Für ein Neben- und Miteinander verschiedener Anbaumethoden sind Schwellenwerte unabdingbar, denn beispielsweise Pollenflug und Insektenbestäubung machen am Feldrand nicht halt. Dies ist unvermeidbar und gilt auch in Bezug auf gentechnisch veränderte Rohstoffe und deren Verarbeitungsprodukte. Hier müssen praktikable Schwellenwerte definiert werden.
- Schwellenwerte sind unabhängig zu sehen von der Sicherheit der Produkte. Sämtliche gentechnisch veränderten Rohstoffe und die aus ihnen hergestellten Lebensmittel haben zuvor ein Bewertungs- und Zulassungsverfahren durchlaufen, das ihre gesundheitliche Unbedenklichkeit sicherstellt. Die Nachfrage nach „gentechnik-freien“ Lebensmitteln kann allenfalls durch den Aufbau einer eigenen, separaten Anbau-, Verarbeitungs- und Vermarktungsschiene gedeckt werden. Dies würde im Einzelfall zu erheblichen Preiserhebungen in der Warenkette führen, ohne dass die Abwesenheit jeglicher Gentechnik tatsächlich garantiert werden könnte.

- Essenziell für die Vermarktung gentechnisch veränderter Lebensmittel in Deutschland ist das Vertrauen der Verbraucher. Die derzeit noch zu verzeichnende Zurückhaltung der Verbraucher gegenüber manchen Produkten der Grünen Gentechnik ist anzuerkennen. Dabei geht es darum, Sorgen ernst zu nehmen und eine möglichst breite Informationsbasis zu schaffen. Ein Schritt in die richtige Richtung ist das Internetportal [www.transgen.de](http://www.transgen.de), welches als neutrales Angebot vom BMVEL und der Wirtschaft unterstützt wird. Zu erwähnen ist auch die vom Bundesforschungsministerium unterstützte Internet-Datenbank [www.biosicherheit.de](http://www.biosicherheit.de).
- Aufbauend auf solchen unabhängigen Initiativen, ist nun die Zeit gekommen für eine breit angelegte, wissenschaftlich basierte Aufklärungskampagne. Diese Kampagne sollte von der Politik, der Wissenschaft, den Gewerkschaften, der Wirtschaft und den Verbrauchern gemeinsam getragen werden. Dann wird es besser möglich sein, bei einer immer größeren Zahl von Verbrauchern das erforderliche Maß an Vertrauen aufzubauen.

**5. Die biotechnologische Forschung einschließlich Anbauprogrammen muss weiter gefördert werden, damit Deutschland nicht den Anschluss an die internationale Entwicklung verliert.**

- Seit der erstmaligen Nutzung gentechnologischer Methoden in der Pflanzenzüchtung vor mehr als 15 Jahren wird eine umfangreiche begleitende Sicherheitsforschung betrieben. Von Anfang an galt dabei: Bevor ein gentechnisch veränderter Rohstoff vermarktet wird, überprüfen wissenschaftliche Forschung und Genehmigungsbehörden in ganz Europa auf der Grundlage einer Fall-zu-Fall-Betrachtung dessen Sicherheit.
- Für die Überprüfung neuer Konzepte und eine weiterführende Sicherheitsforschung sind Freilandversuche in Deutschland unabdingbar: Die Erfahrungen und Beurteilungen anderer Länder sind für uns wichtig, aber nicht verbindlich und nicht unbedingt übertragbar. Die Prüfung neuer Pflanzensorten muss, völlig unabhängig von einer eventuellen gentechnischen Veränderung, immer standortbezogen stattfinden. Nur eine Prüfung in der Umwelt, in der die Sorte später auch angebaut werden soll, ist aussagekräftig für die Sortenentwicklung. Die dringend benötigten Freilandversuche am Standort Deutschland gehen jedoch seit einigen Jahren dramatisch zurück: Wurden im Jahr 1999 noch 23 Freilandversuche beantragt, so waren es in den Jahren 2000 bzw. 2001 nur noch sieben bzw. acht. Die Erklärung: Die Zahl der Freilandversuche geht aufgrund der restriktiven bzw. fehlenden Rahmenbedingungen zurück. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis dies auch zur Abwanderung der Forschung und der Unternehmen ins Ausland führt. Damit würden wichtige Erkenntnisgewinne, mit denen auch das Vertrauen der Verbraucher gesteigert werden könnte, außerhalb unseres Landes stattfinden. Dieser Trend widerspricht einem modernen, zukunftsfähigen Innovationsstandort und muss rasch und nachhaltig umgekehrt werden.

### **III. Perspektiven**

- Die Europäische Union hat im Auftrag der Staats- und Regierungschefs eine Biotechnologie-Strategie entwickelt. Aus dieser Strategie geht hervor, wie wir in Europa das Ziel erreichen wollen, bis zum Jahr 2010 zur stärksten wissensbasierten Region der Welt zu werden. Ohne eine zugleich umsichtige und gezielte Förderung der Grünen Gentechnik ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Wir dürfen deshalb in dieser Zukunftstechnologie nicht den Anschluss an die internationale Entwicklung verlieren.
- Deshalb benötigen wir auch deutlich mehr Erfahrungen mit dem praktischen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen als in der Vergangenheit. Mit reinen Theoriediskussionen bewegen wir uns nur auf der Stelle und laufen Gefahr, dass eine fortgesetzte Abwanderung von Wissenschaft und Praxis aus Deutschland ins Ausland stattfindet.
- Wissenschaftliche Fakten und die internationalen Erfahrungen aus dem großflächigen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen lassen die Grüne Gentechnik insgesamt als eine nutzbringende, wertvolle Methode erscheinen, von der keine zusätzlichen und unkontrollierbaren Risiken ausgehen. Die unten genannten Organisationen plädieren deshalb für Anbauversuche im Freiland sowie für ein anbaubegleitendes Monitoring. Nur standortspezifische Feldprüfungen können Auskunft über die tatsächlichen Chancen und Grenzen eines Projektes hierzulande geben.
- Der Dialog mit interessierten gesellschaftlichen Gruppen über die Nutzung der Grünen Gentechnik ist fortzuführen. Ein wichtiges Thema dabei sind die Perspektiven für ein Miteinander der verschiedenen Anbau- und Produktionsformen in Europa. Dazu hat auch der vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) initiierte Diskurs Grüne Gentechnik eine Grundlage gelegt.

***Diese Positionsbestimmung wird unterstützt durch die folgenden Organisationen:***

- BDP, Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e. V.
- BGA, Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e. V.
- BLL, Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e. V.
- BVE, Bundesverband der Deutschen Ernährungsindustrie e. V.
- DBV, Deutscher Bauernverband e. V.
- DIB, Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie
- DRV, Deutscher Raiffeisenverband e. V.
- IG BCE, Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
- IVA, Industrieverband Agrar e. V.
- VDOe, Verband Dt. Oelmühlen e. V.